

Ressort: Politik

Studie: Bundesregierung spart dank Niedrigzinsen viele Milliarden

Berlin/London, 11.06.2013, 05:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung spart dank der niedrigen Zinsen für Bundesanleihen bis 2014 mehr als 100 Milliarden Euro an Zinszahlungen. Das ist das Ergebnis einer Berechnung des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW), die der "Welt" vorliegt.

Die Bundesregierung hat demnach bereits von 2009 bis heute rund 80 Milliarden Euro an Zinsen gespart. Bereits im laufenden Jahr könnte die Ersparnis auf über 100 Milliarden Euro steigen, prognostiziert das IfW. "Die Höhe der eingesparten Zinsen dürfte in diesem Jahr die Grenze von 100 Milliarden Euro durchbrechen", sagt Jens Boysen-Hogrefe, Autor der Studie. "Wenn die Grenze in diesem Jahr noch nicht erreicht wird, dürfte es spätestens Mitte 2014 soweit sein." Diese Zahlen beziehen sich auf die gesamte Laufzeit der Papiere; die Ersparnis verteilt sich deshalb je nach Laufzeit der Papiere über einige Jahre. Die Berechnung berücksichtigt alle Bundesanleihen, die seit dem Jahr 2009 ausgegeben wurden. Um zu ermitteln, wie viel die Bundesregierung spart, hat das IfW die Zinssätze dieser Papiere mit dem Durchschnittszinssatz der vorangegangenen zehn Jahre, also von 1999 bis 2008, verglichen. Die Ersparnis des Gesamtstaats ist sogar noch weit höher, als die Berechnungen dokumentieren, denn die Bundesregierung ist nur für rund die Hälfte aller Staatsschulden in Deutschland verantwortlich. Länder und Kommunen tragen den überwiegenden Teil der übrigen Staatsschuld und profitieren ebenfalls vom niedrigen Zinsniveau. "Es wäre nicht legitim, die Entlastung einfach zu verdoppeln, aber die Zinsersparnisse von Ländern und Kommunen sind doch erheblich", sagt Boysen-Hogrefe. "Die Entlastung des Gesamtstaats dürfte deshalb bis Mitte 2014 irgendwo zwischen 100 und 200 Milliarden Euro liegen." Seit Ende 2008 sinken die Renditen für deutsche Staatsanleihen und sind in den vergangenen Monaten von Rekordtief zu Rekordtief gefallen. Teilweise haben Papiere mit kurzen Laufzeiten sogar negative Renditen - das heißt, Anleger bezahlen Geld dafür, dass sie der Bundesregierung Geld leihen dürfen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-15559/studie-bundesregierung-spart-dank-niedrigzinsen-viele-milliarden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619